

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Arbeit,
Wirtschaft und Gleichstellung
am Mittwoch, dem 25.03.2026, im Großen Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 11:08 Uhr**

		Seite
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	5
2.	Bericht der Verwaltung	6
3.	Bericht des Jobcenters zum Arbeitsmarkt im Kreis Warendorf	030/2026 7
4.	Vorstellung des Projektteams im Sachgebiet Passive Leistungen	031/2026 9
5.	Aufgabenbereich der Gleichstellungsbeauftragten der Kreisverwaltung Warendorf	032/2026 11

Anwesend:

Ausschussmitglieder
Asselmann, Felix
Bas, Ali
Beck, Jürgen
Budde, Heinrich
Heringloh-Poll, Norbert
Hinnüber, Felix
Kirchhoff, Norbert
Krabbe, Silke (ab 09:10 Uhr)
Meyer, Ludger
Mindermann, Ursula
Schulze Westhoff, Stephan
Starke, Dennis
Strübbe, Robert
von Neumann, Franziska Johanna
Zimmermeyer-Schürmann, Heike (bis 11:04 Uhr)
stellv. Ausschussmitglieder
Duhme, Elke
Eickmeier, Elisabeth Irmgard
Ommen, Detlef
Thiel, Joachim
von der Verwaltung
Arizzi Rusche, Anna, Dr.
Böttger, Pascal
Diekhoff, Katrin
John, Kai
Nethe, Annabelle
Strelow, Jana
van Stephaudt, Lukas

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder

Beiers, Anja

Fiedlers, Nils

Siebert, Christoffer

Wamba, Gilbert

Herr Bas (B90/Die Grünen) eröffnet die Sitzung um 09:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Er stellt den form- und fristgerechten Zugang der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Da Herr Starke (SPD) zum ersten Mal in dieser Wahlperiode als sachkundiger Bürger an einer Sitzung des Ausschusses teilnimmt, führt Herr Bas dessen Verpflichtung durch. Dazu bittet er die Anwesenden aufzustehen. Herr Bas und Herr Starke sprechen zusammen die Verpflichtungsformel. Eine unterschriebene Ausfertigung wird zu den Akten genommen.

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
--	--

Es werden keine Fragen gestellt.

2. Bericht der Verwaltung

Der Leiter des Jobcenters, Herr Kai John, berichtet zunächst über die geplanten Anpassungen im Zusammenhang mit dem 13. Änderungsgesetz zum SGB II, welches voraussichtlich zum 01.07.2026 in Kraft treten werde. Hier erläutert er die vorgesehene Homogenisierung der Sanktionshöhen bei Pflichtverletzungen sowie die Umstrukturierung der Vermögensfreigrenzen. Man wolle weg von der aktuellen Karenzzeit und zurück zu einem nach Altersstufen gestaffelten System (s. **Anlage 1**). Auch im Bereich der Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) solle zukünftig die Karenzzeit wegfallen. So könne das halbjährige Kostensenkungsverfahren bei KdU oberhalb der Angemessenheitswerte, wie vor dem Bürgergeld, wieder sofort beginnen oder in Fällen, in denen die Angemessenheit um mehr als 50% überschritten werde, sofort gesenkt werden. Problematisch schätzt Herr John die neue Pflicht der Leistungssachbearbeiterinnen und -sachbearbeiter ein, die Einhaltung der Mietpreisbremse überprüfen zu müssen. Im Kreis Warendorf betreffe dies die Stadt Telgte sowie die Gemeinde Ostbevern. Auf Nachfrage von Frau Duhme (CDU) ergänzt Herr John, dass die Prüfung kompliziert sei und sich im Zivilrecht bewege. Die Leistungssachbearbeiterinnen und -sachbearbeiter müssten also entsprechend geschult werden.

Herr John fährt mit dem aktuellen Beratungsstand der Sozialstaatskommission fort. Geplant sei eine Zusammenführung von Leistungen nach dem Wohngeldgesetz, dem SGB II und dem SGB XII. Trotz grundlegender Auswirkungen auf das Sozialsystem solle aber kein monetärer Nachteil für die Bürgerinnen und Bürger entstehen. An der Existenz kommunaler Jobcenter solle sich, so auch der Wunsch von Herrn John, ebenfalls nichts ändern. Erste Entwürfe werden ab Ende des Jahres erwartet, die vollständige Umsetzung frühestens ab 2028.

Zum Abschluss berichtet Herr John über den Stand der digitalen Antragsstellung im Jobcenter Kreis Warendorf. Das Projekt gehe mit der Einführung der Jobcenter-App ab 01.05.2026 (s. auch TOP 4) in die nächste Phase. Auf die von Frau Zimmermeyer-Schürmann (CDU) geäußerten Bedenken, die digitale Antragsstellung könne missbräuchlich genutzt werden, erklärt Herr John, dass zur Identitätsprüfung stets ein persönlicher Termin folgen müsse. Die (digitale) Einreichung der Unterlagen sei lediglich der erste Schritt im Antragsverfahren.

3. Bericht des Jobcenters zum Arbeitsmarkt im Kreis Waren-
dorf

030/2026

Der Leiter des Jobcenters, Herr Kai John, stellt anhand der als **Anlage 2** beigefügten PowerPoint-Präsentation die aktuelle Lage im Kreis Warendorf dar. Dabei geht er u.a. auf die leicht erhöhte Anzahl an offenen Stellen und die, wie im Ansatz prognostiziert, stabile Zahl der Bedarfsgemeinschaften ein. Dieser Stand sei allerdings mit Vorsicht zu genießen, eine Prognose lasse sich daraus aufgrund der schwierigen Wirtschaftslage nur schwer ziehen. Die Integrationen 2026 seien geringer als 2025, was allerdings v.a. an dem sehr starken Ergebnis des Vorjahres liege. Herr Schulze Westhoff (CDU) fragt, welche Rolle die Firma Amazon bei der Zahl der Integrationen spiele, woraufhin Herr John erklärt, dass Amazon seit der mit vielen Einstellungen verbundenen Eröffnung hinter den Erwartungen zurückbleibe. In 2026 hätten bisher nur 17 Integrationen bei Amazon erzielt werden können.

Bezüglich der offenen Stellen möchte Frau Zimmermeyer-Schürmann (CDU) wissen, ob sich erkennen ließe, auf welche Branchen sich diese verteilten. Dies verneint Herr John. Die Statistik komme von der Bundesagentur für Arbeit (BA) und sei generell nur bedingt aussagekräftig. So seien hier nur die der BA offiziell gemeldeten Stellen erfasst. Solche, die beispielsweise nur über Onlineportale oder Social Media ausgeschrieben werden, seien hier nicht enthalten. Das Problem sei, wie Herr John auf Nachfrage von Frau Duhme (CDU) ergänzt, bekannt, es gebe aber noch keine konkreten Lösungsansätze seitens der BA. Wie Herr John und die Leiterin des Sachgebiets Aktivierende Leistungen, Frau Annabelle Nethe, auf Bitten von Frau Duhme und Herrn Asselmann (CDU) ausführen, orientiere sich das Jobcenter aber nicht ausschließlich an den gemeldeten Stellen. Der Arbeitgeberservice bewerbe Leistungsbezieherinnen und -bezieher auch initiativ bei potentiell interessierten Unternehmen und pflege enge Kontakte. Im Außendienst werde nach beispielsweise Plakaten Ausschau gehalten und Leistungsbezieherinnen und -bezieher ggf. darauf hingewiesen. Ein Wehrmutstropfen bei dieser Art von Stellen sei allerdings, dass es sich meist um Minijobs handele und ein hohes Maß an Flexibilität erwartet werde, so Frau Nethe. Herr Beck (AfD) fragt, ob bei der Arbeitsvermittlung ausländischer Personen die schnellstmögliche Vermittlung Vorrang habe oder eventuell erworbene, höherwertige Ausbildungen anerkannt werden würden. Frau Nethe verweist hier zunächst auf den Jobturbo, demzufolge nach dem Spracherwerb eine schnellstmögliche Integration vorgeschrieben sei. Weitergehende Qualifikationen sowie eine Anerkennung ausländischer Abschlüsse werden zwar ebenfalls versucht umzusetzen, die Einhaltung dieser Vorgaben stünde aber zunächst im Fokus.

Frau Nethe fährt daraufhin mit dem aktuellen Stand der Vermittlungsoffensive fort. Im Zusammenhang mit Terminversäumnissen möchte Herr Asselmann (CDU) wissen, wie das Verfahren ablaufe. Herr Thiel (B90/Die Grünen) bittet überdies um Informationen zu den Termininhalten. Frau Nethe erläutert, dass mit zwei Wochen Vorlauf eingeladen werde. Eine Abstimmung mit den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten gebe es nicht, diese haben sich kraft Gesetzes für die Vermittlung zur Verfügung zu stellen. Der Inhalt der Gespräche variere je nach Arbeitsmarktnähe. In den Perspektivteams werde abgeklärt, ob z.B. Maßnahmen zur gesundheitlichen Unterstützung ergriffen, eine amtsärztliche Untersuchung terminiert oder eine kommunale Integri-

onsmaßnahme, wie Sucht- oder Schuldnerberatung, in Anspruch genommen werden solle. In den Integrationsteams liege der Fokus auf der Arbeitsvermittlung. Hier werden beispielsweise die Bewerbungsbemühungen besprochen und Verbesserungsvorschläge zu Unterlagen gemacht. Auf die Frage von Herrn Thiel nach dem Anteil der Verweigerer, antwortet Herr John, dass man diesen nur schätzen könne, da niemand seine Verweigerung klar artikulieren würde. Vor diesem Hintergrund sei, so Herr John auf die Frage von Herrn Heringloh-Poll (CDU), auch die geplante Herabsetzung des Leistungsanspruchs auf 0 € bei Totalverweigerung wenig erfolgsversprechend.

Im Zusammenhang mit der Darstellung der Zahlen in der o.g. Präsentation haben Frau Mindermann (B90/Die Grünen) und Herr Starke (SPD) zwei Änderungsvorschläge. Zum einen soll die Anzahl der Arbeitslosengeld I-Aufstockerinnen und -Aufstocker aus der Gesamtzahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten gestrichen werden. Diese werden durch die Integrationsfachkräfte der BA betreut und dürften daher im Rahmen der Vermittlungsoffensive nicht durch das Jobcenter eingeladen werden. Zum anderen wird vorgeschlagen, die Anzahl der berufstätigen Leistungsempfängerinnen und -empfänger zu kennzeichnen, da bei diesen ein Vermittlungstermin wenig Sinn mache; auch, wenn dieser im Rahmen der Vermittlungsoffensive verpflichtend sei.

Herr Bas (B90/Die Grünen) möchte wissen, warum die Jobmesse future@work dieses Jahr kleiner ausgefallen sei als im vergangenen Jahr. Herr John leitet dies aus der schwierigen Wirtschaftslage ab, die zu mehr Zurückhaltung seitens der Unternehmen geführte habe. Auf Bitten von Frau Mindermann gibt Frau Nethe einen Überblick über die sonstigen Veranstaltungen des Jobcenters. So gebe es zum einen die Bewerbertage, bei denen einzelne Unternehmen gezielt mit grundsätzlich in Frage kommenden Bewerberinnen und Bewerbern zusammentreffen. Das Jobcenter versuche hier zwar, möglichst viele Unternehmen zu akquirieren, sei aber auf Freiwilligkeit angewiesen. Auch die Erfolgsmessung sei schwierig, da eine zeitlich später auftretende Integration nicht zwangsläufig mit dem Bewerbertag in Zusammenhang stehen müsse. Zum anderen gibt Frau Nethe an, dass eine weitere Jobmesse im Sommer geplant sei, wo erneut diverse Unternehmen auf erwerbsfähige Leistungsberechtigte treffen werden.

4. Vorstellung des Projektteams im Sachgebiet Passive Leistungen

031/2026

Der Leiter des Jobcenters, Herr Kai John, stellt zunächst den Leiter des Sachgebiets Passive Leistungen, Herrn Lukas van Stephaudt, vor. Herr van Stephaudt sei nur selten im Ausschuss anwesend, da die Leistungserbringung im besten Fall reibungslos im Hintergrund laufe. Die Sicherstellung der Grundsicherung sei zwar äußerst wichtig, aber von außen nur wenig anschaulich. Herr van Stephaudt ergänzt, dass aufgrund der geringen Eingriffsmöglichkeiten in die strengen Rechtsnormen Effektivität und Wirtschaftlichkeit klar im Fokus stünden. In einer Massenverwaltung wirke sich jede Arbeiterleichterung großflächig aus. Aus diesem Grund sei das Projektteam gegründet worden, welches er anhand der als **Anlage 3** angehängten Power-Point-Präsentation vorstellt. Das Team sei aus geeigneten Mitarbeitern des Jobcenters zusammengestellt und ohne eine Erweiterung des Stellenplans geschaffen worden.

Herr Hinnüber (CDU) fragt, inwieweit KI zur Prozessoptimierung genutzt werden könne. Herr van Stephaudt stellt zunächst klar, dass automatisierte Prozesse grundsätzlich noch keine KI erforderten. Automatisierte Workflows mit Wenn-Dann-Entscheidungen seien ausreichend, um Durchlaufzeiten deutlich zu verkürzen. Problematisch sei, dass Prozesse aufgrund gesetzlicher Vorschriften weitestgehend noch nicht aus der Hand gegeben werden dürften. Außerdem fielen die verarbeiteten Informationen größtenteils unter den Sozialdatenschutz, so Herr John. Diese dürften nicht in externen Datenbanken verarbeitet oder gespeichert werden. In Rechtsfragen wie der Mietpreisbremse, welche Herr Hinnüber als Beispiel nennt, seien oberdrein das Halluzinieren bzw. Missinterpretieren von Quellen durch die KI ein großes Problem. So sei Digitalisierung zwar das ausdrückliche Ziel, werde aber in der Praxis gebremst.

Frau Krabbe (SPD) dankt für den anschauliche Vortrag und fragt, ob das Jobcenter von technischen Lösungen der Bundesagentur für Arbeit profitieren könne. Herr John verneint dies, da sich die Aufgabenbereiche nicht überschneiden würden. Frau Krabbe möchte außerdem wissen, ob die Sprache in offiziellen Schreiben vereinfacht werden könne. Ihrer Erfahrung nach sei diese häufig für Leistungsbezieherinnen und -bezieher nur schwer zu verstehen. Herr John erklärt, dass einfache Sprache zwar ein Projekt sei, das laufend vorangetrieben werde, macht aber auf die ständige Rechtsprechung aufmerksam. Diese verlange vielerorts klare, rechtssichere Formulierungen, welche auf Außenstehende „ruppig“ und kompliziert erscheinen mögen. Herr van Stephaudt bittet dennoch um konkrete Beispiele, um einer natürlichen „Betriebsblindheit“ entgegenwirken zu können. Er erklärt außerdem, dass neue Vordrucke und Textbausteine stets im Rahmen des Werkcampus durch Maßnahmeteilnehmerinnen und -teilnehmer auf Tauglichkeit geprüft werden würden.

Herr Thiel (B90/Die Grünen) dankt ebenfalls und lobt die sorgfältige Strukturierung des Multiboards. Er stelle sich vor, dass so auch die Einarbeitung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erleichtert, Qualität gesteigert und Frustrmomente vermieden werden würden. Herr Bas (B90/Die Grünen) fragt im Zusammenhang mit der Jobcenter-App, ob zukünftig eine digitale Lösung für alle Belange der Bürgerinnen und Bür-

ger nach dänischem Vorbild denkbar sei. Herr John räumt ein, dass er die dänische Lösung nicht kenne, lediglich die türkische, zeigt aber in Bezug auf Deutschland einige Stolpersteine auf. So müsse zunächst die digitale Akte flächendeckend eingeführt und ein gutes System zur digitalen Identifikation implementiert werden. Der Föderalismus mit seinen vielen Zuständigkeiten bremse dies aus, aktuell seien Lösungen stets nur in Form von Bündelungen verschiedener Services möglich. Herr Budde (CDU) glaubt in diesem Zusammenhang, dass die Sozialstaatsreform eine Vereinfachung herbeiführen könne. Herr John und Herr van Stephaudt stimmen ihm zu. Die Fragen der konkreten Ausgestaltung und der Zuständigkeiten stünden zwar noch im Raum, am Ende sei aber egal, von wem die Lösung käme, solange die Ansprüche des Jobcenters erfüllt werden würden. Herr Schulze Westhoff (CDU) sieht die Hürden ebenfalls in den strengen Datenschutzregeln, aber auch in EU-Vorgaben. Er halte den Fortschritt des Jobcenters aber für gut. Auch Herr Budde sieht das Jobcenter auf dem richtigen Weg, was sich durch die guten Rankings bestätigen lasse. Seitens der Politik könne man dies nur weiter unterstützen. Die Sozialdezernentin, Frau Dr. Anna Arizzi Rusche, fügt hinzu, dass auch die geplante Sozial-ID ein Schritt in die richtige Richtung sei, selbst wenn eine gemeinsame App noch in weiter Ferne liege.

5. Aufgabenbereich der Gleichstellungsbeauftragten der Kreisverwaltung Warendorf

032/2026

Die Gleichstellungsbeauftragte der Kreisverwaltung Warendorf, Frau Katrin Diekhoff, stellt anhand der als **Anlage 4** beigefügten PowerPoint-Präsentation ihren Aufgabenbereich vor. Dabei geht sie sowohl auf die internen als auch die externen Wirkungskreise und insbesondere das Projekt „Anonyme Spurensicherung“ (ASS) ein. Dieses Sorge für einen niedrighschwelligem Erstkontakt bei sexuellen Übergriffen gegenüber Frauen sowie Männern und stelle sicher, dass keine wichtigen Beweismittel verloren gingen.

Frau Mindermann (B90/Die Grünen) dankt Frau Diekhoff für ihren engagierten Bericht und die wichtige Arbeit. Sie bittet bezüglich ASS um Zahlen. Frau Diekhoff erläutert, dass gesteigerte Zahlen in Bezug auf ASS nicht zwangsläufig mit gestiegenen Fällen von sexuellen Übergriffen gleichzusetzen seien. Zum einen gebe es diejenigen Betroffenen, die sofort zur Polizei gehen und hier daher nicht erfasst würden, zum anderen sei die Dunkelziffer nach wie vor hoch. ASS sei vornehmlich an „Unsichere“ gerichtet, die eventuell noch nicht bereit seien, eine Anzeige zu erstatten. Auch Frau Duhme (CDU) sieht das ASS vornehmlich als Hilfsmittel um psychische Belastungen abzubauen und den ersten Schritt zu erleichtern. Herr Schulze Westhoff (CDU) hält die Projektarbeit der Gleichstellungsbeauftragten für äußerst wichtig und stellt das ASS als wichtigstes Projekt heraus. Herr Bas (B90/Die Grünen) weist abschließend daraufhin, dass das Projekt eine fraktionsübergreifende Initiative sei.

Frau Mindermanns Feststellung, dass digitale Gewalt ebenfalls ein wichtiges (und sehr aktuelles) Thema sei und man hier einen Schwerpunkt legen sollte, pflichtet Frau Diekhoff bei. Dazu gebe es bereits seit längerem Elternabende zum Zwecke der Sensibilisierung. Frau Diekhoff betont, dass auch Männer aufgerufen seien, toxischen „Männlichkeitsbewegungen“ besonders im Internet entgegenzuwirken. Es gebe eine große Diskrepanz zwischen Gesellschaft und Gesetzeslage. Hier müsse dringend nachgebessert werden.

Herr Thiel (B90/Die Grünen) bittet um Aufklärung, ob neutrale Formulierungen in Texten und gendergerechte Sprache gleichzusetzen seien. Frau Diekhoff erklärt, dass die sprachliche Gleichstellung gesetzlich verankert sei und diesbezügliche Beratung auch zu ihren Aufgaben zählen würde. Die tatsächliche Ausgestaltung könne aber variieren und auch die Lesbarkeit von Texten müsse ein Anliegen sein. Die Sozialdezernentin, Frau Dr. Anna Arizzi Rusche, bekräftigt dies. Die Gleichstellung von Frau und Mann sei erklärtes Ziel der Kreisverwaltung Warendorf, man müsse aber (bei Schriftstücken) auch stets nach der effizientesten Lösung suchen.

Frau Krabbe (SPD) bittet um Einschätzung, ob in der Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten der interne oder der externe Bereich überwiege und ob genügend Mittel zur Verfügung stünden. Frau Diekhoff stellt fest, dass das Funktionieren der Verwaltung ihr Hauptaugenmerk sei und daher der interne Bereich überwiege. Die Information der Öffentlichkeit sei ihr hingegen ein persönliches Anliegen, weshalb sie sorgfältig abwäge und besonders am Anfang von Projekten eine enge Betreuung bevorzuge. Die Projekte seien dabei aus verschiedenen Quellen finanziert. Das ASS bei-

spielsweise finanziere sich aus Landesmitteln, der Kreis Warendorf stelle im Gegenzug die Arbeitskraft der Gleichstellungsbeauftragten zur Verfügung. Grundsätzlich könne man immer mit mehr kommunalen Haushaltsmitteln auch mehr Projekte umsetzen, seit der Amtsübernahme von Frau Diekhoff habe sich aber auch schon viel am Budget getan. Abschließend bedankt sich auch Frau Eickmeier (FWG) bei Frau Diekhoff für ihr Engagement und den anschaulichen Vortrag.

Zum Abschluss der Sitzung bedankt sich zunächst Frau Eickmeier (FWG) bei allen Referentinnen und Referenten für die tollen Einblicke in die jeweiligen Aufgabenbereiche. Insbesondere das Thema Digitalisierung habe sie sehr interessiert. Herr Bas (B90/Die Grünen) pflichtet Frau Eickmeier bei. Er wünscht den Anwesenden eine schöne Osterzeit und beendet die Sitzung um 11:08 Uhr.

Ali Bas
Vorsitzender

Dr. Anna Arizzi Rusche
Schriftführerin